



*Sehr geehrte Rentenberaterinnen und Rentenberater,*

haben Sie vielen Dank für die Möglichkeit, zu Ihren Rentnerberatern 2021 ein Grußwort verfassen zu dürfen. Das Jahr 2021 war und ist von einer großen Unsicherheit, den Folgen der Corona-Krise und von vielen unerwarteten, aber nicht unvorherseh-

baren, Katastrophen geprägt, sei es der humanitären Katastrophe, die wir gerade in Afghanistan erleben mussten oder der Starkregenkatastrophe, die auch meinen Betreuungswahlkreis im Sommer hart traf.

In diesem unruhigen Fahrwasser erscheint die gesetzliche Rente wie ein Stabilitätsanker. Die Beitragseinnahmen – also im Wesentlichen die paritätischen Pflichtbeiträge aus Beschäftigung und die Beiträge, die die Bundesagentur für Arbeit leistet – entwickeln sich gut und die Rentenkasse (Nachhaltigkeitsrücklage) schmilzt langsam, ist aber mit 34 Milliarden Euro (Juli 2021) noch gut gefüllt. In der Öffentlichkeit werden zwar die die 100 Milliarden-Grenze überschreitenden Bundesmittel an die Rentenversicherung immer wieder missbraucht, um die angebliche Nichtfinanzierbarkeit der gesetzlichen Rente auszurufen. Setzt man diese aber ins Verhältnis zu den Steuereinnahmen des Bundes und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, so bewegen sie sich im Vergleich zu den 2000er Jahren auf einem niedrigen Niveau (2003: 40 Prozent / 2020: 36 Prozent).

Wer dann noch – gegen den Zeitgeist – anerkennt, dass sich der Beitragssatz zur Rente mit aktuellen 18,6 Prozenten auf einem historischen Tiefstand bewegt, weiß, dass auch für Leistungsverbesserungen noch ausreichender Spielraum vorhanden ist.

Nichtsdestotrotz malen konservative und liberale Feindinnen und Feinde der umlagefinanzierten, gesetzlichen Rente immer wieder das Bild vom Kollaps an die Wand und fordern entweder eine Anhebung des Renteneintrittsalters und / oder wollen das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente noch weiter zurückfahren. Stattdessen sollen die heute aktiven Generationen mehr Geld in Aktien, ETF-Fonds oder staatlich verwaltete Finanzprodukte anlegen.

Ein systematischer Leistungsvergleich von gesetzlicher und kapitalmarktgedeckter Rente findet dabei nie statt. Dass die gesetzliche Rente bei uns nicht nur Alters-, sondern auch Erwerbsminderungsrenten absichert und jährlich über 23 Milliarden an Krankenversicherungsbeiträge für Rentnerinnen und Rentner zahlt und damit die Krankenkassen entlastet, fällt bei Union und FDP meist unter den Tisch.

Dass die gesetzliche Rente im Unterschied zu privaten Renten durch die jährliche Dynamisierung nicht nur Inflationsrisiken ausgleicht, sondern in guten wie in schlechten Zeiten an die Lohnentwicklung gekoppelt ist (Kosten im Jahr 2021: 12,3 Milliarden Euro) und auch noch Leistungen an Hinterbliebene als auch den Großteil der beruflichen und medizinischen Rehabilitation stemmt, wird bei der puren

Reduktion auf „explodierende“ Bundesmittel komplett ausgeblendet ebenso wie die Tatsache, dass mit jeder Rentenerhöhung die Ausgaben für die Sozialhilfe, die uns für Erwerbsminderung und im Alter jährlich 7,8 Milliarden Euro kostet, reduziert werden würden.

Ebenso fällt in der Auseinandersetzung um eine Rente erst ab 68, 69 oder sogar erst ab 70 unter den Tisch, dass diese Altersgrenzen für Menschen in psychisch und physisch belastenden Berufen nie zu erreichen sind: Alle Forderungen nach einer Erhöhung der Regelaltersgrenze sind deshalb nur eine zynische Umschreibung für Renten Kürzungen, denn rund 20 Prozent der Menschen sterben vor ihrem 69. Geburtstag.

Wir brauchen stattdessen einen Politikwechsel für eine starke gesetzliche Rente und weg von der Rente erst ab 67, für gute Arbeit und den höchstmöglichen Schutz – besonders für kranke Menschen – vor Altersarmut.

DIE LINKE hat ein Programm für ein gutes und langes Arbeitsleben: Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 13 Euro erhöht werden, wir brauchen einen Rechtsanspruch auf alters- und altersgerechte Arbeitsplätze und gute Reha-Leistungen sowie massive Investitionen in die Weiterbildung von älteren Beschäftigten. Nicht nur für Menschen in belastenden Berufen muss die Erwerbsminderungsrente neu aufgestellt werden: Abschläge müssen abgeschafft werden oder die Erwerbsminderungsrente muss durch eine wertgleiche Maßnahme um knapp elf Prozent angehoben werden. Die hohen Ablehnungsquoten müssen sofort wissenschaftlich untersucht werden. Zudem muss der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert werden.

Statt der Rente erst ab 67 fordert DIE LINKE eine abschlagsfreie Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren und eine Rückkehr zur Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus wird heute schon massiv gefördert und belohnt.

Wer ein Jahr über die Regelaltersgrenze hinaus berufstätig sein will und kann, erhält danach eine fast neun Prozent höhere Rente. Dieser Anreiz ist sinnvoll, er muss aber freiwillig bleiben. Sie als Rentenberaterinnen und Rentenberater wissen das. Sie wissen aber auch um die Probleme der Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Viele ältere Arbeitslose haben keine Chance auf einen Neustart, Wenigen wird eine Weiterbildung angeboten.

DIE LINKE im Bundestag wird es weiter als ihre Pflicht ansehen, den Sinkflug des Rentenniveaus bei 48 Prozent zu stoppen und die neue Regierung zum Handeln zur Anhebung des Rentenniveaus zu drängen. Wir werden deshalb eine verlässliche Partnerin für Gewerkschaften, Sozialverbände und Betroffene bleiben.

Unser gemeinsames Hauptziel lautet: Der Niedergang des Rentenniveaus muss nicht nur gestoppt werden, sondern es muss dringend wieder rauf auf mindestens 53 Prozent! Dort lag es, bevor Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) es gemeinsam mit Walter Riester (SPD) in den Sinkflug schickten. Und 53 Prozent sind finanzierbar: Aktuell wäre dieses lebensstandardsichernde Rentenniveau mit einer moderaten Beitragssatzerhöhung von

18,6 auf 20,6 Prozent zu finanzieren. Für Durchschnittsverdienende wären das derzeit gut 34,20 Euro mehr im Monat. Und für ihren Chef oder ihre Chefin ebenso. Der Beitragsatz liegt aktuell historisch niedrig und das bei immer mehr Rentnerinnen und Rentnern und einer gestiegenen Lebenserwartung. Deutschland gibt heute nur bescheidene 9,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Alterssicherung aus.

Das muss sich jetzt endlich ändern! In der rentenpolitischen Vorzeigerepublik Österreich sind es sogar 12,6 Prozent! Die Rentnerinnen und Rentner verdienen nach der Nullrunde in diesem Jahr zukünftig mehr vom Kuchen.

Die neue Wahlperiode wird von dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung, aber auch von vielen liegengelassenen Rententhemen geprägt sein, wie der Doppelbesteuerung der Renten oder der Einbeziehung der Selbständigen und anderer Erwerbstätiger in die gesetzliche Rente.

Ich wünsche den Rentenberatertagen 2021 in Potsdam spannende Debatten und einen guten Verlauf und Ihnen Allen, meine sehr geehrten Damen und Herren beruflich, persönlich und privat rundherum das Beste!

*Ihr Matthias W. Birkwald MdB*